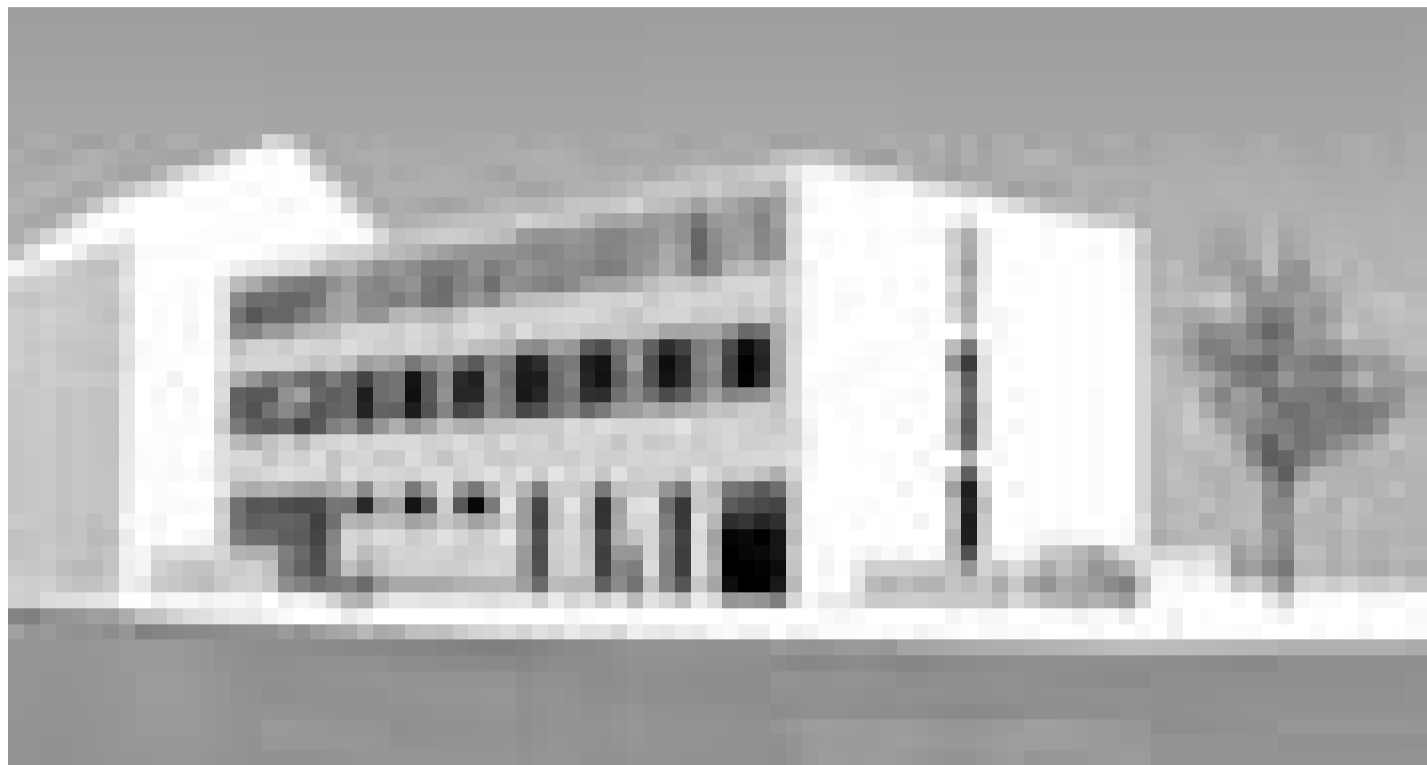


DROGEN

# Ängste schüren



Die neue Fixerstube garantiert durch bessere Betreuungsmöglichkeiten auch eine sozialverträgliche Ausrichtung des Angebots. (Foto: g + p muller architectes)

**Bürgerinitiativen haben bisweilen eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Mit Angstmacherei und Ressentiments jedoch lassen sich soziale Probleme nicht lösen.**

Das Auftreten von Kontrahenten in einer Debatte verriet viel über deren politische und soziale Kultur: "Bravo"-Rufe und zustimmender Beifall ertönten im Saal des Bonneweger Kulturzentrums, nachdem Monika Graser, Leiterin des Drogenhilfszentrums "Tox-In", auf die Gefahr von Herzstillstand durch eine Überdosis zu sprechen kam. Und als Luc Dhamen, Architekt der "Administration des Bâtiments publics", die Baupläne des neuen Tox-In erläutern sollte, grölten einige: "Das interessiert uns nicht!" René Kneip, Vorsteher des Obdachlosenzentrums Ulysse, der die Koordination von Hilfsstrukturen erläuterte, wurde durch laute Buhrufe übertönt. Als er über die Verteilung der Obdachlosen in Wohnungen oder betreute Wohnprojekte berichtete, polemisierten Anwesende: "Wer will die schon?"

Eine solche Rhetorik war zu hören, als vor rund zwei Wochen die Stadt Luxemburg zusammen mit politisch Verantwortlichen zu einer Informationsversammlung in puncto Fixerstube geladen hatte. Neben Informationen über den anstehenden Baube-

ginn des künftigen "Tox-In" an der "rue du Dernier Sol" wollte man den ansässigen Bürgern die Möglichkeit einräumen, Fragen und Bedenken zu äußern. Insbesondere die Bürgerinitiative "Stëmm vu Bouneweg" hatte im Vorfeld mobil gemacht, indem sie die sofortige Aufhebung des Bauvorhabens sowie eine Auslagerung der Fixerstube aus dem Bezirk verlangte - um die dortige Lebensqualität zu verbessern.

## Immer und überall diskriminiert

Die Situation, wie sie sich in Luxemburg darstellt, ist keine Ausnahme. Es gibt wohl keine soziale Randgruppe, die in der Öffentlichkeit so diskriminiert ist, wie die Drogenabhängigen und ihre Dealer. Schon immer und überall haben dementsprechend auch Einrichtungen, die sich an Drogenabhängige wenden, nicht nur heftige fachliche Kontroversen ausgelöst, sondern auch Proteste seitens der Anwohner.

Mit den Ängsten der Nachbarn mussten sich etwa die Mitarbeiter der Drogenhilfseinrichtung "Birkenstube" im Berliner Stadtteil Moabit auseinandersetzen. Seit Februar 2004 können hier Schwerstabhängige unter medizinischer Aufsicht Drogen konsumieren, sich ärztlich untersuchen lassen und Angebote zum Ausstieg aus der Sucht wahrnehmen. Auch hier hatte eine Anwohnerinitiative die Suche nach adäquaten Räumlichkeiten erschwert, indem sie zu Demonstrationen gegen den geplanten Drogenkonsumraum aufgerufen und über 2.300 Unterschriften gesammelt hatte. Auch hier bestanden Ängste, die Einrichtung werde vermehrt Junkies anziehen und belaste somit den öffentlichen Raum. "Der

Kiez wird verslumen" - so die apokalyptische Prophezeiung der Bürgerinitiative.

"Es waren eigentlich nur irrationale Ängste, die natürlich auch irgendwo ihre Berechtigung hatten, insofern als es vorher in Berlin keine Fixerstube gab", sagt Jan Czyborra, Leiter der "Birkenstube". Die ganze Geschichte sei eine gezielte Kampagne der konservativ-bürgerlichen CDU und der Boulevardpresse gewesen. "Es würde ein Drogenstrich entstehen, die Dealer würden Schlange stehen und alte Menschen könnten nicht mehr sicher nach Hause gehen", erinnert sich Czyborra an die Panikmache einiger Medien. Nur wenige seien damals auf die Studie des deutschen Bundesgesundheitsministeriums eingegangen, wonach Drogenkonsumräume die Problematik vermindern können: Demnach stellen Fixerstuben keine Kapitulation vor der Sucht dar, sondern können Abhängige von einem "Safer Use" überzeugen - was auch im Interesse der allgemeinen Gesundheitsprävention ist - und auf Entzugsangebote aufmerksam machen. Und - was den Hardlinern gefallen dürfte - sie ermöglichen auch eine effektivere polizeiliche und sozialpädagogische Kontrolle der Szene.

## Informieren

"Unsere Erfahrung in Berlin war, dass man in so einer Situation möglichst sachlich informiert", so Czyborra. Doch wie ist sachliche Information möglich, wenn diese nicht mehr gehört werden will? Denn eines wurde klar an jenem Abend vor rund zwei Wochen in Bonneweg: Der Drogenkonsumraum ist für die Anwohner ein Vehikel von sozialen Ängsten und Ressentiments, die sich gegen alles

richten, das an die bürgerliche Existenz heranreicht und diese zu gefährden droht: Diese Dynamik versucht gesellschaftliche Probleme, alles, was sich als Ausdruck von sozialer Benachteiligung artikuliert, auszugrenzen oder gar "auszumerzen" - nimmt man die Aussagen einiger Bonneweger wörtlich - statt sie als immanenten Teil der Gesellschaft zu begreifen und als soziale Herausforderung zu reflektieren.

Schlimm genug, dass ein solches Denken, das rationalen Argumenten nicht mehr zugänglich ist, in seiner gesellschaftlichen Wirkungsmacht von der "Stëmm vu Bouneweg", deren Präsident Alain Biren für die CSV kandidiert hatte, gefördert wird.

Schlimmer noch, dass die CSV, eine Partei, die sich als christliche Volkspartei ausgibt, diese Ängste auch noch stützt, indem sie in einem rezenten Pressecommuniqué Verständnis für die Proteste bekundet hat.

Dass soziale Realitäten sich nicht per Dekret aus der Welt schaffen lassen, weiß man dagegen auch in Berlin. "Die Drogenszene war schon im Bezirk Moabit angesiedelt - sonst hätten wir keinen Raum in dieser Ecke eröffnet", meint Czyborra. Allgemeine Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Szene nicht so mobil ist, wie angenommen wird. In Berlin hat man die Erfahrung gemacht, dass Angebote, die sich außerhalb der Szene befinden, wie ein mobiler Bus zum Spritzentausch, nicht angenommen werden.

Es musste vieles ausprobiert werden, bevor der Drogenkonsumraum vom sozialen Umfeld akzeptiert wurde. Czyborra berichtet, das Berliner Bezirksamt habe eine Bürgersprechstunde eingerichtet und zu mehreren öffentlichen Sitzungen geladen. Darüber hinaus habe die "Birkenstube" Informationsstände im Bezirk organisiert und kurz vor der Eröffnung noch einmal Handzettel an alle Haushalte verteilt. "Hier haben wir genau erklärt, wie unsere Praxis aussehen wird, welche Befürchtungen wir nicht teilen und wie unsere Erwartungen aussehen", sagt Czyborra. Zusätzlich hätten Sozialarbeiter der "Birkenstube" für die Einsatzkräfte im zugehörigen Polizeiabschnitt eine Fortbildung durchgeführt. "Die Polizei hat eine enge Zusammenarbeit mit der Fixerstube begrüßt, weil sie ausschließlich mit polizeilichen Mitteln der Lage nicht mehr Herr werden konnte".

Daneben wurde das Modellprojekt Druckraum in seiner Anfangszeit von wissenschaftlichen Studien begleitet, indem unter anderem eine repräsentative Anwohnerumfrage gemacht wurde. Dabei konnten erstaunliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Etwa, dass die Akzeptanz der Drogenkonsumräume unter den Anwohnern größer ist, als dies vor dem Hintergrund der Medienberichte und dem Protest der Anwohnerinitiative angenommen werden konnte: 70 Prozent der zufällig ausgewählten Anwohner im Umfeld der

"Birkenstube" sprachen sich für den Konsumraum im Bezirk aus. Weiter konnte festgestellt werden, dass die Akzeptanz von Drogenkonsumräumen unter politisch Interessierten mit einem überdurchschnittlichen Bildungsniveau sowie bei Bürgern, die sich von der Mitgestaltung kommunalpolitischer Prozesse nicht ausgeschlossen fühlten, eher hoch ist. Personen, die Suchterkrankungen im persönlichen Nahfeld haben, zeigten ebenfalls eine größere Akzeptanz. Dagegen fand sich eine hohe Ablehnungsquote unter Personen mit Kindern oder mit einem vergleichsweise niedrigen Bildungsniveau sowie bei jenen Anwohnern, die in der Vergangenheit von Drogenabhängigen belästigt worden waren.

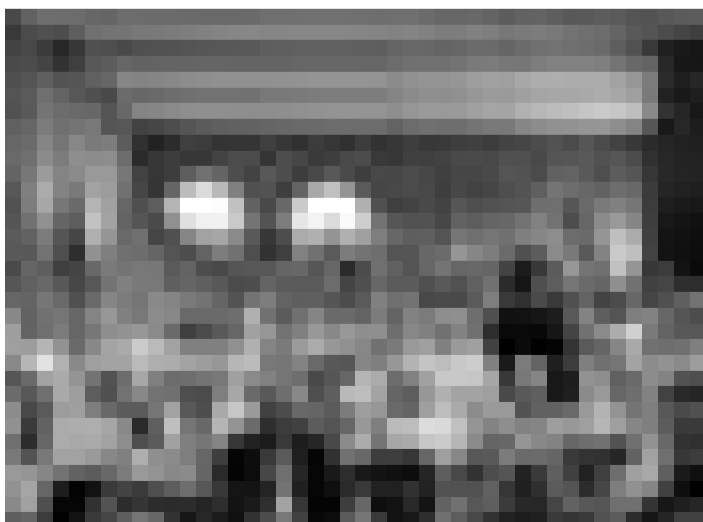
## Errungenschaft des Sozialstaates

Heute ist die "Birkenstube" von den Anwohnern akzeptiert. "Nach der Eröffnung hatten wir keine Beschwerden mehr - auch weil die gemäßigten Bürger gemerkt haben, dass ihre ganzen Befürchtungen nicht zutreffen", sagt Jan Czyborra. Auch die Angst vor einem Sogeffekt der Einrichtung sei unbegründet gewesen: Längerfristige Erhebungen der "Birkenstube" hätten ergeben, dass weit über die Hälfte der Konsumraum-Nutzer aus dem direkten bezirklichen Umfeld stammten, dort lebten und sich auch dort mit Drogen versorgten.

Tatsache ist, dass die Strukturen und Drogenszenen von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich sind. Auch das Verhältnis von Repression und Hilfsangeboten wird überall anders gewichtet. Dennoch ist eine solche Einrichtung eine Errungenschaft eines sozialen Staates und kommt den anwohnenden Bürgern zugute. Jedoch: "Gegen eine polemische Argumentation kommt man sehr schwer an. Man kann nur gezielte Informationen setzen und braucht den Rückhalt der Politik", so das Fazit des Berliner Einrichtungsleiters.

Die Entscheidungsträger sitzen auch in Luxemburg in der Politik und in der Stadtverwaltung. Es kommt darauf an, dass sie sich nicht aus Angst um Wählerstimmen von einer kleinen Gruppe beeinflussen lassen.

Christiane Walerich



Gut besuchte Bürgerversammlung in Bonneweg. (Foto: woxx)